

Ein Endlager für radioaktive Abfälle im Aargau?

Atommüllpolitik von Bund und Kanton

Am 4. Juli 2006 reichte die SP-Grossratsfraktion eine Interpellation betreffend «Standortsuche für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle» ein. Grund dafür war der Strategiewechsel des Bundesrats in Sachen Atommüllentsorgung: Nach den Debakeln am Wellenberg und in Benken/ZH soll nicht die von den AKW-Betreibern finanzierte nationale Atommüll-Genossenschaft Nagra, sondern politische Instanzen, allen voran Bund und Kantone, sollen in der Atommüllpolitik künftig das Heft in die Hand nehmen. Was passiert jetzt im Aargau? Wer kann sich zu einem geplanten Endlager äussern? Wie? Wann? Diese Fragen wurden am 30. August vom Regierungsrat ausweichend und nichtssagend beantwortet.* Doris Stump beleuchtet die Hintergründe des bundesrätlichen Strategiewechsels: Auch hier ist wenig Konkretes zu erfahren. Wir bleiben dran.

Doris Stump

Das ungelöste Problem der Lagerung von radioaktiven Abfällen war in den letzten dreissig Jahren ein überzeugendes Argument gegen den Bau von weiteren Atomkraftwerken. Bis heute liegt kein technisch sicherer, mehrheitsfähiger Vorschlag für einen Standort für ein so genanntes Endlager für hochradioaktive Abfälle in der Schweiz vor, obwohl die Nagra im Auftrag des Bundes seit Jahrzehnten abklärt, Berichte schreibt und Vorschläge macht und die Atomindustrie darauf aus ist, noch mehr radioaktive Abfälle zu produzieren.

Weil die Energiewirtschaft neue AKWs bauen will, wurde in den letzten Monaten eine Argumentation aufgebaut, die zuerst die zu erwartende Stromlücke zu einem Damoklesschwert hochstilisiert, dann behauptet, die Sicherheit der Bevölkerung sei durch ein Lager von hochradioaktiven Abfällen nicht gefährdet und zuletzt die AKWs als umweltschonend, da CO₂-frei, darstellt.

Mit dieser Argumentation wird systematisch unterschlagen, dass mit der Erzeugung von Atomstrom grosse Risiken für die Bevölkerung einher gehen, dass Atomenergie in keiner Weise nachhaltig ist, weil Uran nicht endlos zur Verfügung steht und bereits beim Abbau die Gesundheit der Arbeiter massiv beeinträchtigt. Es wird unterschlagen, dass die Si-



Der Grossteil der radioaktiven Abfälle fällt in den fünf Schweizer Kernkraftwerken Mühleberg, Beznau I und II, Gösgen-Däniken und Leibstadt an. Wohin damit?

FOTO COMET, ZÜRICH/NAGRA

cherheit unserer nachfolgenden Generationen mit einem so genannten Endlager, einem geologischen Tiefenlager, bei hochradioaktiven Abfällen in keiner Weise gewährleistet ist, weil wir nicht wissen können, was mit der Erde in den nächsten 100 000 bis 500 000 Jahren passieren wird. So lange dauert es nämlich, bis die Radioaktivität in den verseuchten Abfällen abgebaut ist. Und es wird nicht anerkannt, dass die konsequente Umsetzung einer Effizienzpolitik und das Umsteigen auf erneuerbare Energien eine realistische und echt nachhaltige Alternative zu Atomkraftwerken ist.

Auch wenn aus heutiger Sicht der Nagra das Gestein im Jurabogen, der Opalinuston, als beste Möglichkeit für ein Lager von hochradioaktiven Abfällen angepriesen wird, kann

Der Kanton Aargau ist punkto Endlager besonders gefährdet.

keine Garantie abgegeben werden, dass diese radioaktiven Abfälle nicht irgend einmal bei einem Erdbeben oder einer weiteren Erwärmung der Atmosphäre aus diesem Tiefenlager austreten werden, weil wir auch nicht wissen, wie sich die Materialien über Zehntausende von Jahren verändern werden. Deshalb bindet die SP ihre Zustimmung zu einem Endlager an die Verpflichtung der schweizerischen Energiepolitik, den Ausstieg aus der Atomenergie gesetzlich zu

verankern, damit die Entstehung neuer Abfälle begrenzt und das Problem an der Wurzel angepackt wird. Zudem muss ein Lager die Rückholbarkeit dieser Abfälle garantieren, damit bei Betriebsfehlern Sanierungen möglich sind.

Der Bundesrat hat im Juni 2006 beschlossen, dass er die Entsorgung hochradioaktiver Abfälle in der Schweiz für technisch machbar hält. Er will nun in einem sogenannt partizipatorischen Verfahren im Sachplan geologische Tiefenlager den definitiven Standort im Laufe des Jahres 2007 festlegen. Politisch ist damit der Entscheid jedoch noch lange nicht gefällt. Denn sowohl eine Rahmenbewilligung für ein neues AKW wie die Änderung oder Erteilung einer Rahmenbewilligung für ein geologisches Tiefenlager unterstehen auf eidgenössischer Ebene dem fakultativen Referendum.

Das ist gegenüber einem von der SP beantragten Referendum im Standortkanton (und im alten Gesetz verankerten Kantonsreferendum, siehe Wellenbergabstimmung) ein gravierendes Erschwernis, weil so einem Kanton von allen andern ein Endlager aufgezwungen werden kann. Der Kanton Aargau, der in dem von der Nagra als geeignet erklärten Bereich liegt, ist punkto Endlager besonders gefährdet. Deshalb fällt uns eine besondere Verantwortung in der Weiterentwicklung der schweizerischen Energiepolitik zu.

Doris Stump aus Wettingen ist Nationalrätin.

*Interpellation und Antwort können unter www.ag.ch Grosser Rat/ Geschäfte unter der Nummer 06.134 abgerufen werden.

EDITORIAL

Opposition

Roberto Rodriguez

Vor wenigen Wochen hat sie sich im Kanton Aargau klar und unmissverständlich zu Wort gemeldet: nämlich die Opposition! 44 Prozent haben nein



gesagt zur Steuerpolitik der Aargauer Regierung. Oder anders gesagt: Nur noch eine knappe Mehr-

heit unterstützt die drei Regierungsparteien CVP, FDP und SVP. Wir haben – fast im Alleingang – einen kurzen Abstimmungskampf geführt und die Stärke der Opposition in diesem Kanton demonstriert. Bei dieser Steuergesetzrevision hat es sich gezeigt, welche Art von Staat die drei Regierungsparteien wollen: Zuerst wird der Staat kaputtgespart, um danach durch Steuerreduktionen das Geld da zu lassen, wo es bereits ist – bei den Reichen. Die Regierungsparteien wollen die Art und Weise der Staatsfinanzierung ihrer Klientel entsprechend anpassen. Bisher haben Reiche und Gutsituierte gerechte und angemessene Steuern bezahlt, heute geben sie dem Staat Kredite und erhalten dafür noch Zinsen. Steuern beziehungsweise gerechte Steuern werden aufgrund der Leistungsfähigkeit erhoben – zumindest sollte es so sein. Das heisst: Wer viel hat und viel verdient, soll auch entsprechend Steuern zahlen, unabhängig vom Wohnkanton. Um dieses massvolle Prinzip der Fairness zu verankern, muss der Steuergerechtigkeitsinitiative der SP Schweiz zum Erfolg verholfen werden. Selten zuvor war die Ausgangslage für die Unterschriftensammlung so gut wie jetzt. Nutzen wir sie und demonstrieren die Stärke der Opposition! Auch im Wahlkampf für die eidgenössischen Räte. Dieser wird für die SP am 17. März lanciert. Auf den Seiten 12 und 13 gibt Jeannette Egli eine Vorschau darauf.

INTERVIEW

Die Kandidatin

Katharina Kerr

links.ag: Pascale Bruderer, Deine Kandidatur für den Ständerat hat die Aargauer Wahlauguren aufmerksam werden lassen. Mit welchen Zielen – ausser gewählt zu werden – steigst Du ins Rennen?

Pascale Bruderer: Die offenen, sozialen, ökologischen, jungen und weiblichen Kräfte im Aargau werden durch unsere heutigen Ständeräte überhaupt nicht vertreten. Für die Ziele dieses Kantons teils, für eine fortschrittliche Politik, für sozialdemokratische Werte möchte ich einstehen – nicht nur im Wahlkampf, sondern auch im Ständerat.



Welche politischen Schwerpunkte möchtest Du im «Stöckli» setzen? Welches sind im Moment Deine politischen Themen?

Investitionen in Bildung und Forschung, Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen und mehr Bewegungsförderung in unserer Gesellschaft – das sind die Anliegen, für die ich mich in Bern stark mache und weiterhin stark machen will. Priorität hat für mich der Einsatz für schweizweit harmonisierte und genügend hohe Stipendien. Von Fähigkeiten und Lernbereitschaft soll der Zugang zur Tertiärbildung abhängen – und nicht vom Geldbeutel der Eltern!

Wie beurteilst Du das neue Integrationspapier der SP Schweiz? Ich begrüsse diese Integrationsoffensive, da sie die Probleme klar anspricht und pragmatische, zielorientierte Lösungen vorschlägt. Den Fokus auf den Bildungsbereich im Allgemeinen und auf die Sprachkompetenz im Speziellen halte ich dabei für besonders wichtig.

Pascale Bruderer aus Baden ist Nationalrätin und SP-Kandidatin für den Ständerat.

Tempoerhöhung auf der

Ausblick auf das Wahljahr 2007

In zehn Monaten finden die eidgenössischen Wahlen statt. Die Wahlziele der SP Aargau sind klar und einfach: ein vierter Sitz im Nationalrat und ein Sitz im Stöckli.

Jeannette Egli

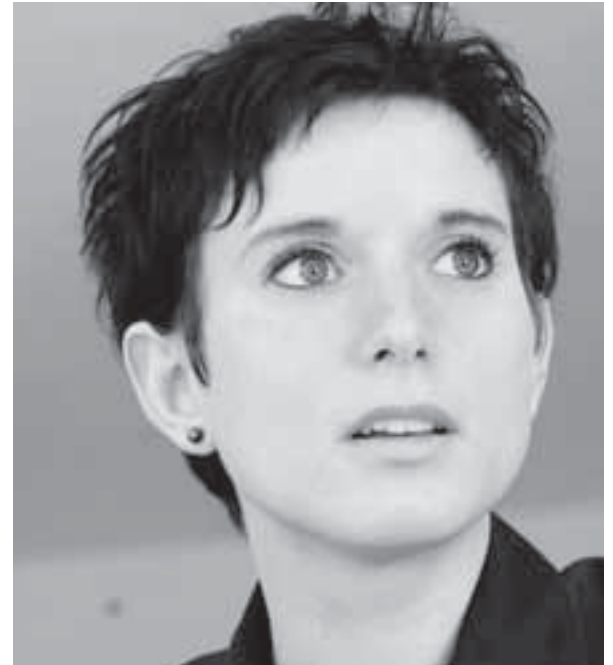
«Sprechen wir über die Ziele und die Strategien der SP Aargau für die kommenden Nationalratswahlen, so freue ich mich zunächst feststellen zu dürfen, dass die SP Aargau sowohl bei den letzten Nationalratswahlen wie auch bei den darauf folgenden Grossratswahlen gewonnen hat. Unsere Kantonalpartei ist im Aufwind, und ich bin deshalb davon überzeugt, dass wir noch mehr zulegen können. So lautet das Ziel der Geschäftsleitung der SP Aargau für die Nationalratswahlen auch klipp und klar: Wir wollen einen vierten Sitz gewinnen und wir wollen Pascale Bruderer im Ständerat.» Mit diesen deutlichen Worten eröffnete Claudio Marti die Pressekonferenz vom 30. November 2006.

Wir müssen der Aargauer Bevölkerung mit aller Deutlichkeit aufzeigen, dass nur die SP die moderne, fortschrittliche Garantin sozialer Gerechtigkeit und nachhaltiger Umweltpolitik in unserem Kanton ist. Unser Angebot an die Aargauer WählerInnen ist eine verlässliche, gefestigte politische Kraft, die bereit ist, noch mehr Verantwortung zu übernehmen, sowohl im Kanton als auch auf Bundesebene. Mit dieser Botschaft wollen wir all diejenigen StimmbürgerInnen mobilisieren und für die SP gewinnen, die sich einen sozialen, fortschrittlichen und ökologischen Aargau wünschen.

Nominationsprozess und Wahlplattform

In den nächsten Monaten wird die Parteibasis Gelegenheit haben, aktiv an den Vorbereitungen für den Wahlkampf 2007 mitzuarbeiten: Der Nominationsprozess in den Bezirksparteien zuhanden des kantonalen Parteitags ist in vollem Gange, und es zeichnet sich ab, dass die SP Aargau mit einer ausgewogenen und starken Liste in den Wahlkampf steigen wird.

Die kantonale Geschäftsleitung erarbeitet zurzeit die Wahlplattform. Im Moment werden in Zusammenarbeit mit Fachleuten die aktuellen Themen und Ziele mit den dazugehörigen Strategien definiert. Die Parteibasis



Pascale Bruderer

wird diese diskutieren können, bevor die Wahlplattform am Nominationsparteitag vom 17. März 2007 debattiert und verabschiedet wird.

Wir wollen den Aargauer Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern sowohl kompetente Kandidierende wie auch konkrete Lösungsvorschläge für politische Problemstellungen präsentieren. Nur so können wir am 21. Oktober 2007 erfolgreich sein und nicht wie beim Abstimmungsresultat zur kantonalen Steuergesetzrevision «nur» einen Achtungserfolg erzielen.

Ständeratswahlen 2007

Für die Geschäftsleitung war in Sachen Ständeratskandidatur von vornherein klar, dass sie diese nicht als Alibiübung angehen wird. Deshalb wurden bereits im Sommer die Bezirksparteien aufgefordert, der Parteileitung bis Ende Oktober Interessentinnen und Interessenten zu melden. Die erfreuliche Nachricht kam aus dem Bezirk Baden: Pascale Bruderer ist bereit, für die SP Aargau ins Rennen um einen Sitz im Stöckli zu steigen. Die Geschäftsleitung der SP Aargau hat sodann Pascale Bruderer am 14. November einstimmig zuhanden des kantonalen Nominationsparteitags vom 17. März 2007 als offizielle Ständeratskandidatin der SP vorgeschlagen.

Pascale Bruderer ist für die SP Aargau ein Glücksfall: Sie verkörpert Ju-

gend, Fortschritt und Kompetenz. Sie bringt frischen Wind in die bisherige ständerätliche Altherrenriege, hat politische Erfahrung und kommuniziert geschickt. Für die Partei von Bedeutung ist die politische Zuverlässigkeit dieser Kandidatin, deren politische Positionen bekannt sind. Pascale Bruderer politisiert lösungsorientiert, ohne die eigenen sozialdemokratischen Werte aus den Augen zu verlieren. Sie überzeugt durch ihre Begeisterungsfähigkeit und durch ihre zukunftsgerichtete Art, politische Fragen einer Klärung zuzuführen. Sie geht offen auf die Bevölkerung zu und erklärt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern unsere Politik so, dass diese verstanden wird.

Pascale Bruderer hat es innerhalb von fünf Jahren von der Einwohnerrätin in Baden über den Grossen Rat in Aarau zur Nationalrätin in Bern geschafft. Als Zeichen ihrer Popularität bescherten die AargauerInnen Pascale und der SP Aargau 2003 mit dem SP-Spitzenplatz ein absolut sensationelles Ergebnis bei ihrer Wiederwahl in den Nationalrat.

Sie wolle «mit frischem Wind für den notwendigen Durchzug» im Ständerat sorgen, sagte Pascale Bruderer an der Medienkonferenz vom 30. November 2006. Mit ihrer Wahl würde sie auch den Frauenanteil im Ständerat enorm steigern, was mehr als wünschenswert ist. Ein pikantes

Erfolgsstrasse



Urs Hofmann



Doris Stump

Detail: anders als die Verteilung der gewählten Frauen nach Parteien im Nationalrat (hier erreicht die SP – mit der grössten Frauendelegation – mit 46 Prozent fast Geschlechterparität) sind bürgerliche Ständerätinnen in der Mehrheit. Zwei Drittel der Ständerätinnen gehören einer bürgerlichen Partei an (5 FDP, 2 CVP); nur 4 Ständerätinnen sind Mitglied der SP. Die SVP ist im Ständerat mit 8 Männern, aber mit keiner Frau vertreten.

Bisherige Nationalratsmitglieder treten wieder an

Pascale Bruderer will ihre Ständeratskandidatur mit jener für den Nationalrat verbinden. Zusammen mit den bewährten Nationalratsmitgliedern Doris Stump und Urs Hofmann, die sich einer Wiederwahl stellen, hat die SP Aargau reelle Chancen, einen vierten Sitz in der grossen Kammer zu erobern. An der Pressekonferenz vom 30. November 2006 präsentierten die Bisherigen ihre Bilanz der letzten Legislatur.

Pascale Bruderer gilt als Expertin für Bildungs-, Behinderten und Sportpolitik: «Investitionen in Bildung und Forschung, gleiche Chancen für Menschen mit Behinderung, mehr Bewegung für unsere Gesellschaft. Das sind die Anliegen, für die ich mich in Bern in den vergangenen Jahren stark gemacht habe und wei-

terhin stark machen möchte», so Pascale Bruderer.

In Finanz- und Service-Public-Fragen ist Urs Hofmann profiliert. Er setzt sich für eine nachhaltige Finanzpolitik ein, die ein finanzielles Gleichgewicht bei den Ausgaben und den Einnahmen anstrebt. An der Pressekonferenz vom 30. November 2006 meinte Urs Hofmann denn auch, der immer rasanter werdende Steuerwettbewerb unter den Kanto-

Unser Angebot an die Aargauer WählerInnen ist eine verlässliche, gefestigte politische Kraft.

nen gefährde die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Hand und es sei deshalb wichtig, Auswüchse in diesem Bereich durch eine minimale Steuerharmonisierung zu verhindern, wie die soeben lancierte SP-Initiative dies anstrebe.

Doris Stump engagiert sich seit Jahren in den Politbereichen Familie, Gleichstellung und Umwelt. Mit Courage und grosser Kompetenz hat sie wichtigen SP-Zielen zum Durchbruch verholfen. **Erinnert sei**

beispielsweise an die einheitliche Familienzulage, die Mutterschaftsversicherung sowie an die Volksinitiative für «Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft», welche in Volksabstimmungen grossartig angenommen wurden.

Mit Sachkompetenz und Glaubwürdigkeit ins Wahljahr

Die Ziele der SP Aargau sind klar: Wir setzen uns für einen sozialen, fortschrittlichen und ökologischen Aargau ein. Dies mit Sachkompetenz und mit glaubwürdigen Positionen und Lösungsvorschlägen. Damit wir unsere Ziele realisieren können, braucht es mehr Sozialdemokratie im Aargau und aus dem Aargau, mehr SP-VertreterInnen in den eidgenössischen wie auch in den kantonalen Legislativ- und Exekutivgremien. Die SP Aargau hat die zukunftsfähigen Ideen und Konzepte. Wir wollen die Macht und wir sind bereit, die uns von den Wählerinnen und Wählern übertragene politische Verantwortung zu übernehmen. Dieser Anspruch verlangt von uns allen viel Arbeit und viel Energie – insbesondere in einem Wahljahr. Verbunden mit dem besten Dank für Euren tatkräftigen Einsatz wünsche ich Euch frohe Weihnachten und einen erfolgreichen Start ins Wahljahr 2007.

Jeannette Egli aus Bremgarten ist politische Sekretärin der SP Aargau.

KOMMENTAR

Der Appetit kommt beim Essen!

Claudio Marti

Wer hätte das gedacht: Am letzten Abstimmungssonntag gelang es der SP Aargau und ihren Verbündeten trotz Übermacht von Parlament, Regierung und bürgerlichen Parteien gegen



die unsoziale Steuergesetzrevision 44 Prozent NEIN-Stimmen zu erringen. Leider hat es zur totalen Überraschung knapp nicht gereicht. Trotzdem ist das ein veritabler Achtungserfolg. Der Einsatz unserer Basis hat sich gelohnt. Ich danke allen, die sich engagiert haben, nochmals ganz herzlich! Doch bekanntlich kommt der Appetit beim Essen, und unser Hunger ist noch lange nicht gestillt: Bei den eidgenössischen Wahlen im Oktober 2007 wollen wir einen Vollerfolg erzielen. Die Ankündigung der Geschäftsleitung der SP Aargau, Pascale Bruderer zuhänden des kantonalen Nominationsparteitags als Ständeratskandidatin zu nominieren und auch mit den weiteren Bisherigen Urs Hofmann und Doris Stump wieder in den Nationalratswahlkampf zu steigen, hat in der Aargauer Politlandschaft denn auch für Furore gesorgt: Das grosse Echo in den Medien und das offensichtliche Erschrecken der bisherigen (Noch)Ständeherren beweisen, dass nicht nur wir selbst, sondern auch die politischen Konkurrenten uns einiges zutrauen. So wollen wir auch im Nationalrat einen Sitz dazu gewinnen und bei den Ständeratswahlen klar mitreden. Damit diesen Worten aber auch Taten folgen können, sind wir erneut auf den überzeugenden Einsatz unserer Parteibasis angewiesen. **Damit es am 21. Oktober 2007 wiederum heisst: «Wer hätte das gedacht!»** Ich wünsche allen frohe Festtage und einen guten Rutsch in ein sozialdemokratisches Jahr 2007!

Claudio Marti aus Basel ist Co-Präsident der SP Aargau.

AGENDA

SP FRAUEN AARGAU
22. November, 19 Uhr: Jahreskonferenz der SP Frauen Aargau, Bachstrasse 43, Aarau

2007

SP FRAUEN AARGAU
10. Januar, 18 Uhr: Sitzung, Volkshaus Bachstrasse 43, Aarau

GESCHÄFTSLEITUNG DER SP AARGAU
16. Januar, 17.30 Uhr: Sitzung, Volkshaus Bachstrasse 43, Aarau

IG GLEICHSTELLUNG
17. Januar, 19 Uhr: Sozialdepartement, Aarau

SP AARGAU
25. Januar, 19.30 Uhr: a. o. Parteitag (Parolen für 11.03.07), Aarau

GESCHÄFTSLEITUNG DER SP AARGAU
27. Januar: Retraite mit dem Vorstand der SP-Fraktion

AUSSCHREIBUNG

Nach dem Rücktritt von Tanja Lörtscher sucht die SP Aargau auf den ausserordentlichen Parteitag vom 25. Januar 2007:

Ein Mitglied der Geschäftsleitung der SP Kanton Aargau.

Anforderungen: Mitglied der SP Aargau, gute Kenntnisse der politischen Landschaft des Kantons, Führungserfahrung, Verankerung in der Partei, zeitliche Verfügbarkeit und Fähigkeit zu Diskretion.

Die ausführlichen Ausschreibungstexte können beim politischen Sekretariat der SP Aargau angefordert werden. Bewerbungen und Vorschläge können mit den üblichen Unterlagen ab sofort bis spätestens 8. Januar 2006 an das politische Sekretariat der SP Aargau, Postfach, 5001 Aarau, gerichtet werden.

Rentenklau im Aargau

Trotz heftiger Gegenwehr der SP und trotz deutlicher Ablehnung durch die betroffenen Versicherten beschloss der Grosse Rat am 6. Dezember ein Pensionskassendekret, das den meisten aktiven und allen rentenberechtigten Versicherten der Aargauischen Pensionskasse APK einen starken Abbau bei den Renten bringt. Weitere von rechts beantragte Verschlechterungen konnten verhindert werden.

Katharina Kerr

Am 28. November versammelten sich, aufgerufen von der Konferenz Aargauischer Staatspersonalverbände KASPV, 3500 von der APK-Revision Betroffene vor dem Grossratsgebäude in Aarau zu einer Kundgebung gegen den geplanten Rentenklau. Mit dem neuen APK-Dekret sollten das Rentenalter von 63 auf 65 und die Beitragsjahre von 38 auf 40 erhöht, vom Leistungs- zum Beitragsprimat mit völlig ungenügender Besitzstandsregelung gewechselt und die Beiträge erhöht werden. Von SVP und FDP waren auch die Beitragsparität und ein Abbau beim Rentenleistungsziel von 65 auf 60 oder 55 Prozent angedroht worden. Sollte es zum worst case kommen, war ein Streik angekündigt.



Am 6. Dezember beschloss das Aargauer Parlament das Dekret: Rentenalter 65, 40 Beitragsjahre, Beitragsprimat, Verlust der Staatsgarantie durch eine Ausfinanzierung der Deckungslücke mit rund 1,7 Mia. Franken und höhere Beiträge. Durch ein Finanzkonstrukt bei der Ausfinanzierung ist eine Blockierung der Zusatzgutschriften für Aktive auf 20 Jahre zu befürchten. Die Rentenerhöhungen im Rahmen der gewährten Teuerung sind nicht mehr garantiert. Den Primatwechsel müssen die Versicherten zur Hälfte selber finanzieren, was für viele starke Verluste bedeutet. Verhindert werden konnte die

Beitragsparität und ein Abbau beim Leistungsziel. Nur die SP-Fraktion kämpfte geschlossen gegen den Rentenklau. Sie wurde von einem Teil der Grünen unterstützt. Das neue Dekret betrifft rund 33 000 Versicherte beim Kanton, den Schulen, Gemeinden und Institutionen.

Die KASPV will nun die Lage analysieren und das weitere Vorgehen bestimmen. Der worst case ist nicht eingetroffen, jedoch machen etliche Versicherte ihrer Enttäuschung dadurch Luft, dass sie den Streik fordern.

Berichterstattung über die Beratung im Grossen Rat über www.sp-aargau.ch

Ungerechte Steuerpolitik

Medienmitteilung der SP Aargau zum Abstimmungsresultat der kant. Steuergesetzrevision

Die SP Aargau bedauert die Annahme der kantonalen Steuergesetzrevision. Mit einem Anteil von über 44 Prozent Nein-Stimmen wurde die unsoziale Vorlage aber weit über die Wählerschaft der SP hinaus abgelehnt.

Jeannette Egli

Die SP Aargau dankt allen Organisationen und Personen, die sich in den letzten Monaten und Wochen mit Engagement und Überzeugung im Abstimmungskampf gegen diese ungerechte Vorlage zur Wehr gesetzt haben. Dank diesem Einsatz ist im Aargau eine intensive



Debatte über Steuergerechtigkeit geführt worden. Damit wurde nicht zuletzt auch die Kampagnenfähigkeit der SP Aargau unter Beweis gestellt.

Die knappe Annahme der Steuergesetzrevision ist für die SP Aargau ein deutliches Zeichen, dass weitere Steuersenkungen zugunsten von Privilegierten bei den StimmbürgerInnen keine Zustimmung finden. Die SP Aargau wird sich weiterhin gegen die Entlastung der höchsten Einkommen wehren, für eine faire Steuerpolitik kämpfen und mit Nachdruck die Steuergerechtigkeitsinitiative der SP Schweiz unterstützen.

Ganzer Text auf www.sp-aargau.ch

IMPRESSUM

SP Aargau
Bachstrasse 43/Postfach
5001 Aarau
Telefon 062 834 94 74
Fax 062 834 94 75
sekretariat@sp-aargau.ch
www.sp-aargau.ch

Sitzredaktion:
katkerr@katkerr.ch

An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Jeannette Egli (je.), Katharina Kerr, Claudio Marti, Roberto Rodriguez, Johannes Ruesch (Bild), Doris Stump.